

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 09/2023



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

hoffentlich haben Sie in den letzten Wochen einen erholsamen Sommer verlebt. Die Tage werden kürzer, und der Herbst mit seinen strahlenden Farben hält Einzug.

Auch im politischen Berlin hat nach der parlamentarischen Sommerpause nunmehr im September das zweite Halbjahr mit drei intensiven Sitzungswochen begonnen. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Unser Anliegen als Unionsfraktion ist es, diese Zeit noch besser zu nutzen, die Ampelkoalition nicht nur zu kritisieren, sondern mit konstruktiven Vorschlägen anzutreiben.

Der Kanzler schlägt vollmundig einen Deutschlandpakt vor, liefert aber keine oder nur unzureichende Vorschläge. Wir nehmen seine Einladung an und werden konkret. So greife ich in diesem Newsletter beispielhaft drei Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf. Mit dem „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik“ greifen wir die herausforderungsvolle Lage in vielen Kommunen auf. Im Kampf gegen Clan-Kriminalität wollen wir den Rechtsstaat stärken. Mit einem ausgewogenen, aber zugleich beherzten Maßnahmenpaket wollen wir der gegenwärtigen Baukrise in unserem Land entgegen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

„DEUTSCHLAND-PAKT IN DER MIGRATIONS-POLITIK“ – ANTRAG DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Im Jahr 2023 kamen bis heute bereits über 200.000 Asylbewerber in unser Land. Diese Menschen müssen aufgenommen und versorgt werden – eine große Herausforderung für Länder und Kommunen. Dabei nimmt die Zahl der Asylsuchenden weiter zu, ein Rückgang ist nicht absehbar. Hier ist gleich in mehrfacher Hinsicht Handeln geboten. Die bisherigen Überlegungen und zaghaften Maßnahmen der Ampelkoalition reichen jedoch bei weitem nicht aus. Die Ampel ist zerstritten. Bundeskanzler Scholz und Bundesinnenministerin Faeser dürfen die Migrationslage in Deutschland nicht weiter ignorieren. Es bedarf jetzt effektiver Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration und zur Hilfe der Kommunen und der zahlreichen Helferinnen und Helfer vor Ort.

Wir als Union verfolgen hier eine klare Linie: Humanität und Ordnung müssen Hand in Hand gehen. Wir fordern als Sofortmaßnahmen die Einführung von lageangepassten Grenzkontrollen – auch an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss endlich darüber hinaus um Georgien, Moldau, Indien sowie um die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien erweitert werden. Das ist ein seit Langem bekannter Vorschlag und hätte schon längst umgesetzt sein können. Mit den relevanten Herkunftsstaaten müssen darüber hinaus wirksame Vereinbarungen über die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen abgeschlossen werden.

Auf europäischer Ebene ist die Bundesregierung aufgefordert, dass die besonders betroffenen EU-Außengrenzstaaten besser unterstützt werden, um einen wirksamen Grenzschutz und die Errichtung der erforderlichen Infrastruktur zu ermöglichen. In den weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dürfen gegenüber dem gefundenen Kompromiss keine weiteren Abstriche gemacht werden. Zudem brauchen wir die Möglichkeit, Asylverfahren uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten durchzuführen. In den einschlägigen Debatten der letzten Tage haben wir unseren Standpunkt deutlich vorgetragen, zuletzt am Donnerstag dieser Woche in einer Aktuellen Stunde, in der auch der ehemalige Kollege Bundestagsabgeordnete und jetzt sächsische Innenminister Schuster aus Sicht seines Bundeslandes und der Kommunen nochmals sehr deutlich den Handlungsdruck aufgezeigt hat. Die Ampel muss sich endlich einigen und der Kanzler seine Führungsverantwortung wahrnehmen.

TERMINAUSWAHL

30.09.2023, 17:00 Uhr
Ehrungsveranstaltung des THW
Bergisch Gladbach

03.10.2023, 14:30 Uhr
Tag der Deutschen Einheit
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 09. – 13.10.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 16. – 20.10.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 06. – 10.11.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 13. – 17.11.2023
Deutscher Bundestag

20.11.2023, 08:45 Uhr
Bundesweiter Vorlesetag
GGG Biesfeld, Kürten

20.11.2023, ab 18 Uhr
Veranstaltung „Zukunft der Pflege“
weitere Informationen folgen

21.11.2023, 19:00 Uhr
Altenberger Forum (Podiumsgast)
Martin-Luther-Haus, Odenthal

Sitzungswoche 27.11. – 01.12.2023
Deutscher Bundestag

05.12.2023, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Rathaus Odenthal

*Weitere Termine und Informationen finden Sie
auf meiner Homepage!*

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen Menschen, die wirklich hilfsbedürftig sind, soweit wir können, unterstützen. Und angesichts des akuten Fach- und Arbeitskräftemangels sehen wir auch die Chancen der Arbeitsmigration. Verantwortungsvolle Migrationspolitik, verkennt nicht die Realitäten. Darum müssen wir für bessere Möglichkeiten der Integration vor Ort sorgen und gleichzeitig mit Nachdruck gegen irreguläre und ungeordnete Migration wenden.

„DEUTSCHLAND AUS DER BAU-KRISE FÜHREN“ – ANTRAG DER CDU/CSU-BUNDESTAGS-FRAKTION

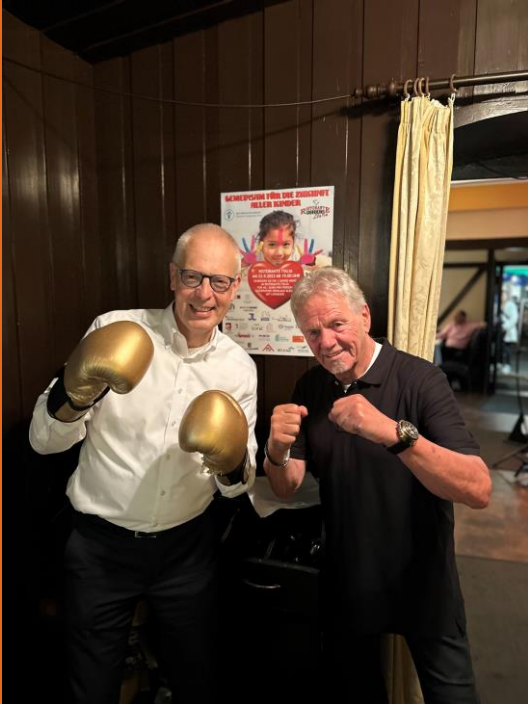
Die Lage der Baubranche ist, das muss man mit so klaren Worten umschreiben, kritisch. Flächendeckend nimmt die Zahl an Baugenehmigungen ab. Nach Jahren erfolgreicher Bautätigkeit stehen sowohl große Unternehmen als auch kleinere Handwerksbetriebe vor finanziell höchst beanspruchenden Monaten. Die Zahlen zeichnen insoweit leider ein sehr eindeutiges Bild: Im August 2023 berichteten 20,7 Prozent der Bauunternehmen von Auftragsstornierungen, 44,2 Prozent von Auftragsmangel und 11,9 Prozent von Finanzierungsschwierigkeiten.

Gleichzeitig wächst der Bedarf an Wohnraum weiter. Das liegt sicher an den veränderten Haushaltsgrößen und gestiegenen Ansprüchen an Wohnraum, aber auch an dem Zuzug aus dem europäischen Ausland und aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt. Schon gegenwärtig fehlen in Deutschland knapp 700.000 Wohnungen – Tendenz steigend. Angesichts dieser dramatischen Ausgangslage ist ein Gegensteuern gefragt.

Darum haben wir angesichts der zögerlichen Haltung und des erfolglosen Agierens der Bundesregierung als Unionsfraktion diese Woche unsere Vorschläge nochmals in einem Antrag in das parlamentarische Verfahren eingebracht, der Impulse setzt und Perspektive schafft. Dafür ist eine Vielzahl an Maßnahmen geboten, die wir in dem Antrag aufgelistet und in den Debatten erläutert haben. Wir fordern einen Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und eine Senkung von Bau- und Baunebenkosten.

Hinsichtlich **steuerlicher Maßnahmen** setzen wir uns für Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau ein. Das schafft sozialen Wohnraum und kommt gerade den kleinen Einkommen zugute. Wir wollen auch junge Familien in den Blick nehmen, die ein Eigenheim anstreben. So fordern wir für Eigentümer neu zu bauenden, selbstgenutzten Wohneigentums einen auf vier Jahre befristeten fünfprozentigen Abzug für Sonderausgaben für energieeffiziente Wohngebäude. Auch sprechen wir uns dafür aus, dass die Länder einfach und rechtssicher Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer einführen können. Wir planen insoweit einen Freibetrag in Höhe von

EINBLICKE



Diese goldenen Boxhandschuhe habe ich auf Benefizveranstaltung – organisiert von Herrn Stoffel (rechts) – zugunsten des Kinderschutzbundes gewonnen und bin somit gut gerüstet für die Verhandlungen mit den Ampel-Parteien in Berlin.



Charlotte Samer hat mich die letzten vier Wochen in Berlin bei meiner Arbeit begleitet.

250.000 EUR je Erwachsenen und zusätzlich – auch als familienpolitische Komponente – 150.000 EUR pro Kind für den Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums. Schließlich müssen wir auch die erbschaftssteuerlichen Regelungen anpassen.

Im Bereich **Förderprogramme** sprechen wir uns für eine deutliche Aufstockung der bereits bestehenden KfW-Kreditprogramme aus. Auch der Kauf von Bestandsimmobilien muss in der Förderpraxis besser berücksichtigt werden, um eventuellen Fehlanreizen vorzubeugen.

Darüber hinaus nehmen wir in unserem Antrag aber auch Potential in den Blick, **Kosten für Bauinteressierte** zu senken. Wesentlich ist hierfür ein deutliches Bekenntnis zu einem Belastungsmoratorium: Jegliche neue Regulatorik muss auf die Kosten des Bauens verteuernde Auswirkungen überprüft werden und bis Ende 2027 dürfen keine neuen Vorschriften erlassen werden, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen. Auch dürfen wir die Baustandards nicht immer weiter in die Höhe treiben. Ökologische Standards sind nötig, aber sie dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie Neubauten systematisch erschweren oder gar verhindern.

„NULL TOLERANZ BEI CLANKRIMINALITÄT“ – ANTRAG DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Gegenwärtig wird unser Rechtsstaat durch die größer werdende Gefahr der Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert. Vor allem in vielen Großstädten haben sich die kriminellen Aktivitäten einiger Clans zu einem sichtbaren Kriminalitätsphänomen entwickelt. Darauf hat nicht zuletzt unser NRW-Innenminister Herbert Reul seit Jahren hingewiesen – und sich dagegen nachhaltig und erfolgreich eingesetzt. Die Spannweite an organisierte Kriminalität reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien – und das teilweise auf offener Straße. Dazu kommt eine strukturelle Missachtung wesentlicher Prinzipien unseres demokratischen Rechtsstaats und zugleich eine generelle Ablehnung unserer Werteordnung.

Hier ist der Rechtsstaat gefordert, diese Kriminalität beherrscht zu bekämpfen. Dafür bedarf es neben einer adäquaten personellen auch einer adäquaten technischen Ausstattung unserer Polizei. Wir müssen im Strafgesetzbuch wirkungsvollere Mechanismen für die Vermögensabschöpfung einführen, sodass Vermögensgegenstände unklarer Herkunft, wie etwa Autos oder Immobilien, deutlich leichter eingezogen werden können.

Bei Clanangehörigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die nachweislich in kriminelle Machenschaften involviert sind, müssen wir (endlich) sämtliche möglichen aufenthaltsrechtli-

chen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anwenden. Dabei geht es zum einen darum, die hierfür nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum anderen geht es darum, die rechtlichen Möglichkeiten auch tatsächlich vollständig auszuschöpfen. Bei Doppelstaatlern müssen wir auch der Frage nachgehen, ob wir die Voraussetzungen zum Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit schaffen können.

Es muss uns klar sein: Für rechtsstaatswidriges Verhalten darf kein Platz innerhalb unserer Gesellschaft sein. Wir wollen deswegen der Clankriminalität – so wie jeder Form organisierter Kriminalität – mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegenreten.

UMGANG MIT DER AFD

In den vergangenen Wochen wurde ich mehrfach angesprochen auf den Umgang mit der AfD. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass diese Thematik viele mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Denn hierbei geht es um die wichtige Frage, wie wir Demokratie leben und sichern wollen.

Seit meinem ersten Tag als Abgeordneter des Deutschen Bundestages im Jahr 2017 ist die AfD im Bundestag. Die AfD ist kein Gewinn für unsere parlamentarische Demokratie und Debattenkultur – im Gegenteil. Sie fällt in den meisten Fällen nicht durch aktive und konstruktive (Oppositions-)Arbeit auf, sondern sucht den Krawall und den öffentlichkeitswirksamen Streit um seiner selbst willen. Eine Partei, die ernsthaft den Austritt aus der Europäischen Union fordert, die Mitgliedschaft in der NATO infrage stellt, ein ungeklärtes Verhältnis zu einem autoritären russischen Regime pflegt, grundsätzlich fremdenfeindlich argumentiert, unsere demokratischen Institutionen verächtlich macht und die ein diffuses, destruktives Programm zum Gegenstand ihrer politischen Betätigung macht, ist nicht unser Partner – und kann das auch zukünftig nicht werden. Wir als Union stehen zum Kooperationsverbot hinsichtlich der AfD. Das ist Parteitagsbeschluss und es deckt sich auch mit der landläufigen Realität in den Kreisen und Kommunen.

Die Thüringer CDU-Landtagsfraktion hat einen beherzten, familienfreundlichen Vorschlag unterbreitet, der die Senkung der Grunderwerbssteuer zum Gegenstand hat. Die Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow hat in den vergangenen Jahren sich in vielerlei Hinsicht auf die CDU verlassen können. Das war und ist für uns als Union keinesfalls leicht. Aus staatspolitischer Verantwortung haben wir uns dieser Herausforderung und der Zusammenarbeit mit der Linken jedoch gestellt. Kooperation kann gleichwohl keine Einbahnstraße sein. Die Thüringer CDU-Landtagsfraktion hat mit ihrem konstruktiven Vorschlag der Steuersenkung ganz gezielt Familien in den Blick genommen, um ihnen den Traum vom Einfamilienhaus in einem immer anspruchsvoller werdenden Zinsumfeld zu erleichtern. Diese politische Forderung vertreten wir als Union in diversen Landesverbänden schon lange und versuchen sie, soweit es die Haushaltslage zulässt, auch umzusetzen. Dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Landtagsfraktion diesen unseren Vorschlag, von dem wir inhaltlich überzeugt sind, im Landtag zur Abstimmung gestellt haben, kann kein Bruch mit demokratischen Gepflogenheiten darstellen. Vielmehr zeigt er auf, dass die CDU-Landtagsfraktion auch aus der oppositionellen Minderheitsrolle heraus konstruktive Gesetzesvorschläge unterbreitet. Und genau dafür ist die CDU auch gewählt worden. Die im Nachgang dazu geäußerte Kritik von SPD, Grünen und Linken erscheint vor diesem Hintergrund fehlgeleitet.

Es muss uns allen klar sein, dass die AfD immer dann politisch erfolgreich ist, wenn die politisch in Regierungsverantwortung stehenden Parteien ihre Aufgaben nicht erfüllen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die meisten derzeitigen Wählerinnen und Wähler der AfD ihre Stimme nur aus Protest und gerade nicht aus Überzeugung geben. Für den Anlass des Protestes kann man durchaus Verständnis haben. Und wir müssen als CDU/CSU selbstkritisch festhalten, dass wir in den letzten Jahren sicher auch Gründe für Enttäuschungen gegeben haben – vielleicht weil wir uns nicht mehr ausreichend darum gekümmert haben, was die Menschen vor Ort bewegt, und wofür wir als Partei stehe. Nun besteht die Gefahr darin, dass eine Partei Einfluss gewinnt, weil sie sich bürgerlich-konservativ gibt und für sich genommen inhaltlich auch nachvollziehbare Positionen vertritt, im Kern aber verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt. Und das zu verhindern, ist auch Aufgabe der Regierungsparteien. Wir befinden uns in herausfordernden Zeiten, die ein beherztes und engagiertes Handeln erfordern. Gerade das lässt die Bundesregierung jedoch vermissen. Das gilt leider auf diversen Politikfeldern, sei es die Migrationskrise, der Ukraine-Krieg oder die Wirtschaftspolitik. Aber auch wir als CDU/CSU-Fraktion in der Opposition stehen in einer besonderen Verantwortung, uns auf die zentralen politischen Fragen zu konzentrieren, unsere Positionen klarer zu formulieren und unsere Politik besser zu erklären.

Liebe Leserinnen und Leser, auch in Zukunft werden wir als Union den adäquaten Umgang mit der AfD beibehalten. Dahinter stehen wir aus Überzeugung und mit gutem Grund. Das darf uns aber nicht davon abhalten, unsere politischen Ziele im parlamentarischen Verfahren zu verfolgen – und die regierenden Parteien aus der Opposition konstruktiv herauszufordern. Für Ihre zahlreichen konstruktiv-kritischen Hinweise hierzu danke ich Ihnen.

FREMDE FEDERN

Ein Monat im Bundestag

Hallo, mein Name ist Charlotte Samer, ich bin 22 Jahre alt und komme aus Bergisch Gladbach. Ich bin auf das „Albertus-Magnus-Gymnasium“ in Bensberg gegangen und habe 2019 mein Abitur absolviert. Danach bin ich für das Studium nach Friedrichshafen gezogen und habe an der Zeppelin Universität, Friedrichshafen „Corporate Management & Economics“ studiert und den Bachelor letztes Jahr im Sommer abgeschlossen.

In meinem Studium lag mein Fokus vor allem auf Innovationsthemen. Auch ehrenamtlich habe ich mich beispielsweise bei Tatendräng e.V., dem Startup-Club der Universität engagiert und war im Vorstand vom Gründermagnet aktiv. Des Weiteren habe ich ein Zertifikatsprogramm „Design Thinking Basic Track“ am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam absolviert und bin seitdem als Design Thinking Coach tätig.

Darüber hinaus war ich schon immer sehr an Politik interessiert und habe aktuelle Themen verfolgt. Im Jahr 2020 wurde ich als Stipendiatin in die Konrad-Adenauer-Stiftung aufgenommen. So habe ich an zahlreichen politischen Veranstaltungen und Diskursen teilgenommen. Ich freue mich, dass ich durch das Praktikum bei Herrn Dr. Tebroke Einblicke in die praktische politische Arbeit erhalten durfte.

Mein Praktikum habe ich im September 2023 absolviert. In dieser Zeit fanden drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages statt. Ich habe auf der Besuchertribüne Plenarsitzungen verfolgt und durfte Herrn Dr. Tebroke zu seinen Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen begleiten. So wurde mir die Arbeitsweise eines Abgeordneten, der Aufbau der Fraktion und die Prozesse im Bundestag Woche für Woche deutlicher. Darüber hinaus wurde ich auch zu weiteren Terminen mitgenommen, wie beispielsweise zu einer Podiumsdiskussion auf einer Konferenz, wo Herr Dr. Tebroke mitgewirkt hat. Auch hat es mich gefreut, regelmäßig unterschiedliche Besuchergruppen aus dem Wahlkreis kennenzulernen und unter anderem etwas von mir und meiner Praktikumszeit zu berichten.

Des Weiteren habe ich an dem Praktikumsprogramm der CDU/CSU Fraktion teilgenommen. Dr. Wolfgang Schäuble hatte vor rund 30 Jahren dieses Programm ins Leben gerufen. So gab es verschiedene Veranstaltungen, unter anderem eine Vielzahl an Diskussionsrunden mit Abgeordneten wie zum Beispiel mit Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Carsten Linnemann oder Philipp Amthor. Es war sehr spannend die Abgeordneten persönlich kennenzulernen und deren Haltung gegenüber aktuellen Themen aus erster Hand zu hören. Trotzdem wurde genug Zeit gelassen, um selbst Fragen zu stellen, die einen brennend interessiert haben. Neben den Diskussionsrunden gab es weitere Programmpunkte, die einem verschiedene Institutionen näher gebracht haben wie beispielsweise ein Vortrag zur Aufgabe und Arbeitsweise des Bundesnachrichtendienstes (BND) oder auch eine Führung durch den Reichstag. Auch konnte man durch das Programm andere Praktikanten und Praktikantinnen kennenlernen und sich austauschen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich in meinem einmonatigen Praktikum viel gesehen und gelernt habe. So sind die abstrakten politischen Prozesse für mich greifbarer geworden und haben zu einem besseren Verständnis für die Komplexität der politischen Arbeit geführt. Persönlich hat es mir noch mal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, auch als junger Mensch sich politisch und wertebasiert zu engagieren. Ich bedanke mich herzlich bei Herrn Dr. Tebroke und dem gesamten Team für die tolle Praktikumszeit mit vielen neuen Einblicken und Erfahrungen. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht in dem Büro zu arbeiten und wünsche dem gesamten Team weiterhin alles Gute!

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermann-josef-tebroke.de/>

Stand: 29.09.23
